



CHAPPATTE

DER EXTERNE STANDPUNKT

Es braucht intelligente Ideen, wie man Freiwilligenarbeit fördern kann

Dem Fachkräftemangel und der Alterung lässt sich nicht allein staatlich oder privat begegnen. Es braucht auch «caring communities» als dritte Kraft – und den Staat, der die Organisation dieser Freiwilligenarbeit fördert, findet Matthias Michel

Die Schweiz ist bekannt dafür, dass die Menschen nicht nur beruflich produktiv sind, sondern auch in ihrer Freizeit anpacken. Jahrelang lag die Beteiligung der Bevölkerung an formeller Freiwilligenarbeit, die im Rahmen von Institutionen und Organisationen geleistet wird, bei rund 20 Prozent. Vor drei Jahren fiel sie aber auf 16 Prozent. Ob sich dieser Trend verfestigt, ist offen. Bekannt ist, dass sicher mehr als diese 16 Prozent der Schweizer Bevölkerung grundsätzlich bereit wären, Freiwilligenarbeit zu leisten. Selbst im Konjunktiv ist das eine gute Nachricht – und auch dringend nötig. Denn unsere Bevölkerung wächst und wird immer älter. Was das fürs Sozial- und Gesundheitssystem bedeutet, liegt auf der Hand. Die Frage ist, wie wir das mit Blick auf den Fachkräftemangel und steigende Ausgaben für die Gesundheit bewältigen.

Die Ausbildungsoffensive im Pflegebereich ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allein, es wird Jahre dauern, bis diese Offensive nachhaltig wirkt. Offen ist zudem, ob wir damit die Defizite tatsächlich zu überwinden vermögen. Bevölkerungswachstum und demografische Entwicklung schreiten ja voran. Und ob neuartige Angebote wie die bezahlte Angehörigen-

pflege durch Familienmitglieder, die sich dafür in Teilzeit von einer Spitex-Organisation anstellen lassen, die Probleme nachhaltig lösen, ist fraglich. Man mag auf diese Weise teure stationäre Leistungen vermeiden. Aber letztlich geht auch diese Versorgung ins Geld.

Was immer wir tun: Fachkräftemangel und Alterung lassen sich nicht allein mit staatlichen Mitteln und privatem Unternehmertum lösen. Es braucht vermehrt «caring communities» als dritte Kraft. Dazu müssen wir den Rückgang der Freiwilligenarbeit stoppen und parallel dazu das ungenutzte Potenzial für Freiwilligenarbeit durch kluge Rahmenbedingungen heben.

Dass der Staat hier eine Rolle haben soll, ist gewöhnungsbedürftig, zumal aus einer liberalen Optik. Es reicht nicht, dass sich Behördenmitglieder auf freundliche verbale Anerkennung beschränken. Es braucht mehr Taten statt Worte. Denn traditionelle familiäre Strukturen verändern sich. Alte Lebensentwürfe und Rollenmuster haben sich längst aufgeweicht. Und die zunehmende Urbanisierung, veränderte Werte und virtuelle Welten tragen ebenfalls dazu bei, dass ein von unzähligen Vereinen ermöglichter sozialer Zusammenhalt mehr und mehr erodiert. Die Anonymisierung in der Gesellschaft nimmt zu.

Das erschwert es selbst in einer Nachbarschaft, den Bedarf nach Hilfe überhaupt zu erkennen, geschweige denn Freiwilligenhilfe zu organisieren. Hilfe, von welcher der Staat profitiert, ohne dass er sie veranlassen und steuern muss. Allein aus diesem Grund ist es angebracht, wenn Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden im Gegenzug etwas für diejenigen tun, die Freiwilligenarbeit initiieren und organisieren. Konkret: dass die öffentliche Hand in die Organisation dieser Freiwilligenarbeit investiert.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Es geht hier nicht darum, dass der Staat die Arbeit der Freiwilligen entgeltet. Es geht darum, dass er einen institutionellen Rahmen und

Unterstützung schafft für Organisationen, die Zeit und Know-how in den Aufbau und Betrieb dieser Arbeit investieren. Von einem solchen Bürgerdienst profitieren alle: der Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes.

Institutionelle Unterstützung durch den Staat wäre in jedem Fall sinnvoller, als wenn der Staat anfängt, die Arbeit der Freiwilligen zu entgelten oder mit Steuerabzügen zu belohnen. Dies würde Sinn und Wesen von freiwilliger Arbeit untergraben. Der Verzicht auf eine geldwerte Gegenleistung für freiwillig erbrachte Leistung bedeutet aber nicht, deren Organisation nicht zu unterstützen: Der Aufbau und der professionelle Betrieb von entsprechenden Organisationen (zum Beispiel Beratung, Geschäftsführung), deren Infrastrukturen (zum Beispiel Informatiksysteme) und Qualitätssicherung (zum Beispiel Weiterbildung der Freiwilligen) benötigen finanzielle Mittel.

Im Gegenzug können diese Organisationen die von ihren Freiwilligen geleistete Arbeit detailliert ausweisen, zum Beispiel durch Zeiterfassung. Diese dokumentiert gegenüber der öffentlichen Hand den grossen Wert für die Gesellschaft. Und die professionelle Organisation und Unterstützung der Arbeit der Freiwilligen würde helfen, dieses Engagement attraktiv zu machen nach dem Motto: Als Freiwillige arbeiten wir in einer Profiorganisation. Das würde dazu beitragen, die Quote der Freiwilligenarbeit wieder zu erhöhen.

MATTHIAS MICHEL, 61, engagiert sich als Stiftratsrat der Fondation Kiss für die Förderung von Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe. Die Stiftung unterhält 18 Genossenschaften, deren 5500 Mitglieder im vergangenen Jahr 65 000 Stunden Freiwilligenarbeit leisteten. Michel ist Rechtsanwalt und seit 2019 freisinniger Ständerat des Kantons Zug.

LESERBRIEFE

«Das funktioniert so nicht»

«Biodiversität dem Klima zu opfern, ist verrückt»

NZZ am Sonntag vom 1. September

Die bürgerlichen Parteien versprechen, viel zu tun für die Natur, und Bundesrat Rösti verheisst im Radio, dass sich der Bundesrat mit «Augenmass» für die Biodiversität einsetzt. Und immer wird die «Eigenversorgung» für ein Nein vorgeschoben, obwohl sich die Schweiz nie eigenversorgen kann, weder energetisch noch in der Ernährung.

Der Naturschutz auf Behördenebene funktioniert nicht. Warum verschwinden immer mehr Insekten? Wieso wird die Rote Liste der bedrohten Arten stetig länger? Weshalb hat die Schweiz im Vergleich zu Europa den kleinsten Anteil an Naturschutzgebieten? Warum geraten die Zersiedelung und die Versiegelung des Mittellandes aus dem Ruder? Weil die Regierung, die Wirtschaft samt Bauernverband ihr Bestes für die Natur geben?

Urs Heinz Aerni, Zürich

«Wesentliches Symptom»

«Ist mein Kind normal?»

Ein verzögertes Wachstum ist eines der wesentlichen Symptome bei Kindern mit Zöliakie. Mehr als ein Prozent der Bevölkerung ist von der autoimmun bedingten Erkrankung betroffen, doch 75 Prozent wissen aufgrund der vielfältigen Symptome, die von Magen-Darm-Problemen über Eisenmangel und Wachstumsverzögerung bis zu psychischen Beschwerden reichen, nichts von ihrer Diagnose! Zwei oder drei Jahre Verspätung aufgrund der Verwendung von internationalen Kurven können für die Betroffenen fatal sein.

Auch bei unserer Tochter wurde von ärztlicher Seite stets beruhigt. Erst im Alter von sechs Jahren, als das Wachstum gemäss ihrer Kurve auf eine Endgrösse von 1 Meter 60 hinwies – dies bei Eltern von über 1 Meter 80 –, wurde eine Abklärung gemacht. Vivien Wassermann, Richterswil (ZH)

«Platons Ideal eines Staates»

«Das verlorene Paradies, das nie eines war – mit dem man aber heute Politik macht»

Das Musterbeispiel für Sehnsucht nach einem verlorenen Paradies findet man in Platons «Staat». Der Staatsmann Perikles (490 v. Chr. bis 429 v. Chr.) errichtete in Athen erste Ansätze einer Demokratie. Der Aristokrat Platon (428 v. Chr. bis 348 v. Chr.) hasste die Demokratie. Sein Ideal war ein Staat mit drei Klassen: die Wächter, die Krieger und die nicht ausgebildeten Beherrschten, die menschlichen Schafe. Die grösste Sünde war der Aufstieg von der untersten Kaste in eine höhere.

Für Platon war demgemäss ein Staat gerecht, wenn jede Klasse ihrer eigenen Arbeit nachgeht. Freiheit wurde mit Zügellosigkeit identifiziert und Gleichheit vor dem Gesetz mit Unordnung. Diese Staatsform orientierte sich an einer früheren Stammesgemeinschaft, allerdings überhöht als Ideal. Die Demokratie wurde als degenerierter Abstieg von diesem Ideal dargestellt. Andreas Rychen, Münchenbuchsee (BE)

Sie erreichen uns mit Ihren Leserbriefen per E-Mail: leserbrief.sonntag@nzz.ch